

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 17. April 1925

Nummer 16

INHALTSVERZEICHNIS

Die kommunale Gemeinwirtschaft	Kattutat
Befinnung	Wilhelm Dätgens
Gewerkschaftsarbeit ist Kulturarbeit	Joh. Bernreuther
Volls-, Berufs- und Betriebszählung 1925	Kl.
Unsere Aufgabe im Wirtschaftsprozeß	Gg. Amlung
Die Gründung des Berliner Arbeiterkulturartells	E. G.
Solidarität	Geiler
Dritter Landesfiedlertag in Sachsen	Alwin Raumburger
Die Frau im Beruf	Erich Eichhorst
Beamtenfragen im bayerischen Landtag	Weiß

Aus Politik und Volkswirtschaft • Gas, Wasser, Elektrizität
Aus unserer Bewegung • Briefkasten • Verbandsteil.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesiische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Achtung Radfahrer!
Fahrrad - Breifraum!
 Waldfäden, grau... M. 3.75
 Waldfäden, pa. weiß M. 4.00
 Bergfäden, pa. weiß M. 4.50
 Bergfäden, extrastark M. 5.00
 Luftschlächte, extra pa. M. 1.20
 Carlinlaternen, Weiss, verdr...
 4.4.50. Preisl. 10. Fabr. grü.
 Versand mit Nachb. Bei Berlin,
 10. M. 21.00 Versand u. Porto
 frei. Prompt u. streng reell. Bed.
Otto Haack,
 Kl.-Steinheim a. M.
 Fabrik u. Genußw.-Ver.

1905 **20** 1925
Jahre „Confluentia“
Jubiläumsangebot!
 50 Stck Ha. sa. 15 Pl., Sumatra-Cigarr., 50 Stck.
 Hedwiga 18 Pl., Sumatra Cigarr., 50 Stck. Flav-
 nena, 0 Pl., Vorstentanden Sandblatt, 50 Stck.
 Cabinet, 25 Pl., Sumatra Cigarr., statt 29 - Mk.
 zusammen nur 31.20 Mk. unter Nachn., frei
 jeder Deutschen Posts ation: Einzel-Kisichen,
 bei Porto-Berechnung, z. m. gleichen Preise.
Tabakmanufaktur „Confluentia“
 G. m. b. H., Coblenz, Wehenzollernstr. 10

Cigarettenfabrik Walkorya
**WILH. FIAGEMANN SOHN, ORSOY NIEDER-
 RHEIN**
 VORM. H. MALLER
 Bester Versand an Private ohne jeden Zwischenhandel.
 Von 200 Stück an Porto- u. Verpackungsfrei.
 Verarbeitung nur feinsten weicher Orienttabake! Stets frisch!
 Garantie zurücknahme, wenn Ware nicht völlig befriedigt.
 Die Abgabe ohne Unterschied des Standes, auf Wunsch Raucher mit 3% Sch.
 pc. Milie Bleichsch. 25 St. pc. Milie Bleichsch. 25 St.
 Dreier-Klasse 30 M. 0.75 M. Derby - Klasse 60 M. 2.00 M.
 Kreuzer = 50 " 1.25 " A.D.A.C. = 100 " 2.50 "
 Jungdo = 60 " 1.50 " Standard = 120 " 3.00 "
 Ein Kassen! Darin enthalten 1/2 Schachtel u. 25 Stück versch. andere Marken
 Porto- und Verpackungsfrei für Mk. 11.- Zahler in 2 Monaten.
 Preisliste gratis!

Ihr Geldbeutel
 wird fett, wenn Sie
 billig rauchen, es
 kostet 5 Pf. für eine
 Karte an Tabakfabrik
 „Weltweit“
Keller, Kirschal 197,
 am Preisliste
 Riskieren Sie es. Sie
 bereuen es nicht.

**Wohlerworbene
 Beamtenrechte**
 und das Steuerrecht der privat.
 Kennzeichenbesitzer. - Zweite Aufl.
 Diese Schrift einer markanten
 Autorität des Steuerrechts nach
 jeder Seite in Grundriss, Staat
 und Recht, jeder Beamten und
 Wirtens demselben, der Wert ist
 die Wahrung seines Rechts liegt,
 können haben. Kart. 64 S., Preis
 1.20 Mk. Buchst. direkt od. durch
 jede Buchhandlung. Industrie-
 vertriebsanstalt, Berlin, S. u. N. O.
 Berlin SW 4, Postfach 155 50.

Chromatiphon
 das beste Bandstein, ohne
 Nachschleifen zu erfordern
HUGO STARK,
REDEGRABER, SACHSEL.
 Weiße Musik treiben -
 Media Dörfel schreiben!

Magereit
 durch unsere orenat.
 streitpöden (für Damen
 strapazierfähige), preis-
 gebrüht mit gold. Me-
 daille und Silbermedaille,
 in kurzer Zeit große Ge-
 wachstums. 25 Jahre weit-
 bekannt. Gar. unerschüt-
 tlich. empfiel. Streng
 reell. Biel. Dandlgrub.
 Preis: Badg. (100 Stck.)
 28, 2.75, Badg. extra
 Soforan oder Radg.
 D. J. aus Steiner & Co.,
 O. m. b. H. Berlin W 30-307
 Eisenacher Straße 16.

Gallensteine
 ausschließlich laborzei-
 gende, hergestellt in 24
 Stunden, können u. ge-
 fahrlos ohne Operation
 entfernt, Kildesheim

**MUSIK
 Instrumente**
 für Orchester, Schule und Haus
 Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
 Klingenthal/Sachs Nr. 30

Kennen Sie Kaiser's
 Wäschepreise? Sofort verlangen! Oberhemd
 mit 2 Krägen nur 5,50 M. Lino-Bestgar-
 muren, steilig nur 11,50 M. **H. BRUNN Kaiser,**
 Oberlichtenau, Bez. Dresden.

**STOFFE
 an Private**
 zu konkur. enzl. Preis.
 50 Proz. Ersparnis
 Größte Auswahl
 Zahlungszerlegt.
 Verlangen Sie verbindlich Muster!
Tubersand A. Krambacher,
 Eichenau b. München

Billige böhmische Bettfedern!
 Ein kg. graue, geschliss. M. 3,-
 halbweiße M. 4,-, weiße M. 5,-
 bess. M. 6,-, 7,-, dann weiche
 M. 8,-, 10,-, beste Sorte M. 12,-,
 14,-, weiße ungeschliss. M. 7,50,
 9,50, best. Sorte Mk. 11,- Versand
 portofrei, zollfrei gegen Nachn.
 Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
 Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhmen.

**Mark 100 Anzahlung
 liefert**
 Schlaf-, immer, Speise-
 zimmer Mk. 30 i. Inzel-
 möbel Mk. 30 Küchen
WENGER, Berlin
 Alte Schönhaus Str 20

Wichtig für Betriebsräte!
**Der Entlassungsschutz von
 Betriebsratsmitgliedern
 und Betriebsoblenuten**
 von Rudolf Weck,
 Berlin-Friedrichshagen
 Diese Schrift enthält eine zu-
 sammenfassende Darstellung des
 Entlassungsschutzes für Betriebs-
 vertretungsmitglieder unter Be-
 rücksichtigung der bisherigen
 Rechtsprechung
Preis 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder 0,25 Mk.
 Zu beziehen nur durch die
Abteilung Bücher und Schriften
 Berlin SO 33, Schlesische Str. 42

**Käse-
 Honig**
 Gar, reiner
 Bienen
 Scheider
 letzter Ernte, la Qual,
 feinstes, unverfälscht,
 Bienenprodukt, 10 Pfd.
 Postlos 11 M. franko
 Nachnahme.
IMKEREI REIMERS,
 Quickborn (Holst.) 61.
Gute starke Käse
 in München u. Nürnberg
 7 bis 15 Jahre lang u.
 in Heide, Land,
 Masten 8 Tage vor Wahl
 Samth. Schmidt,
 Hannover 04 R.
C. Armbruster,
 Käsefabrik,
 Altrahnsdorf Nr. 6 (Holstein)

**Der grosse Erfolg
 des „Carmol“ beruht auf der
 Vielfältigkeit seiner Anwendung**
Carmol lindert Schmerzen!
Carmol tut wohl!
 Man verwendet Carmol
 (Karmelitergeist) bei Er-
 kältungskrankheiten:
 Rheuma, Hexenschuss,
 Genick-Kreuz-, einfach
 Kopf-, Zahnschmerzen,
 Husten und Schnupfen,
 Vortäg. Einreibemittel
 zur Auffrischung und
 Anreicherung der Muskeln
 und Nerven, für Sport-
 treib. bei Überanstren-
 gung (Wadenkrampf)
 Eine Flasche Carmol ist
 eine billige Hausapotheke
 u. sollte in keinem Haushalt fehlen
 Man verlange in Apotheken und
 Drogerien ausdrücklich Carmol
Carmol-Fabrik Rheinsberg (Mark)

Garderobe
 auf Teilzahlung
Herrn Damen
 Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider
 Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke
 Gute Ware / Solide Preise
 Große Auswahl
M. Beiser, Berlin in Berlin: Lohberger
 Straße 67 / in Köln:
 Frankfurter Allee 336.

3 Mk. 37 Pfg.
 kostet ein selbstgebackener
**Korinthen-
 Kuchen**
 nach folgendem
Oetker-Rezept:

500 g Weizenmehl	ca. Mk. 0.24
250 g Korinthen Pfd. ca. 1,-	ca. 0.30
50 g Zitronat (Sukade)	ca. 0.40
100 g Rosinen Pfd. ca. 1.25	ca. 0.25
250 g Margarine Pfd. ca. 0.90	ca. 0.45
200 g Zucker Pfd. ca. 0.45	ca. 0.18
6 Eier St. ca. 0.19	ca. 1.14
1 Tasse Milch	ca. 0.08
2 Teelöffel voll Zimt	ca. 0.03
1 Päckchen Dr. Oetker's „Backin“	ca. 0.07
	Mk. 3.37

Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Eiweiß, Mehl, dann
 mit dem Backin gemischt, Milch hinzu und zuletzt die Ko-
 rinthen, Zitronat, Rosinen, Zimt und den Eierschnee. Fülle die Masse in die
 gefettete Form und backe den Kuchen in etwa 1 1/2 Stunden.
 Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften,
 wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von
Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabr., Bielefeld
 *) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
 Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
 Schriftföhrer: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
 Bezugspreis:
 monatlich durch die Post 50 Pf.

Die kommunale Gemeinwirtschaft.

Die Entwicklung der kommunalen Gemeinwirtschaft ist eine Begleiterscheinung des modernen Industriestaats und der mit ihm verbundenen Zusammenballung der Bevölkerung in den Städten. Damit entstanden Bedürfnisse, die von privaten Unternehmern entweder nicht, unzureichend oder in einer Weise befriedigt wurden, die sich auf die Dauer weder mit den Interessen der städtischen Bevölkerung noch dem der städtischen Verwaltung vertragen. Letzteres war insbesondere da der Fall, wo die privaten Unternehmer auf die Benutzung des städtischen Straßengeräumes als Unterlage ihres Betriebs angewiesen waren. In der Regel entwickelten sich derartige Unternehmungen zu Monopolbetrieben, die neben heftigen Unzulänglichkeiten sich besonders durch die von ihnen angeordnete, häufig auf die Erzielung hoher Gewinne gerichtete Preispolitik als lästig und fortschrittshemmend erwiesen. Dazu zeigten sich andere Gründe: das Zusammenwachsen der Städte, die Notwendigkeit für die Gemeinden, über die städtischen Straßen und Plätze frei verfügen zu können, sowie vor allem die rasch wachsenden Ausgaben als Folge ihrer kostspieligen Leistungen auf dem Gebiet der Hygiene, der Sozialpolitik, der Produktionspolitik, des Schulwesens usw. Der Finanzbedarf der Gemeinden stieg weit über die steuerliche Leistungsfähigkeit ihrer Einwohner hinaus und machte es erforderlich, nach neuen Einnahmequellen zu suchen, die sich besonders durch die Hebernahme privater Monopolunternehmungen erschließen ließen, ohne daß damit ein allzu großes Risiko verbunden war.

Wie Professor Juchs in einem Artikel des Handwörterbuchs der Kommunalwissenschaften ausführlich, hat sich die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen, der Gemeinden als Grundlage der kommunalen Gemeinwirtschaft in einer gewissen Reihenfolge vollzogen. Er unterscheidet hierbei sechs Etappen: 1. kommunale Wasserwerke, 2. Schlachthäuser, 3. Gaswerke, 4. Elektrizitätswerke, 5. Straßenbahnen, 6. Lebensmittelversorgung, Einrichtungen für Handel und Industrie, Beteiligung an industriellen Unternehmungen usw. Selbstverständlich hat sich die Entwicklung nicht überall in dieser schematischen Reihenfolge vollzogen. Am allgemeinen aber ging sie diesen Weg, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten folgend, wie sie die Auswertung der städtischen Wirtschaft mit sich brachte. Waren es zunächst die Unternehmungen mit Monopolcharakter, die in den Bereich der kommunalen Gemeinwirtschaft herangezogen wurden, so schritt die Entwicklung schließlich, mehr oder weniger von den gleichen Motiven getrieben, darüber hinaus. Hierunter fällt besonders die Tätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. In ihren Anfängen beschränkte sie sich auf die Errichtung von Märkten,

deren Erlaß oder Ergänzung durch Markthallen, den Bau und Betrieb von Vieh- und Schlachthöfen, um so eine geregelte und stetige Zufuhr von Lebensmitteln sowie deren einwandfreie hygienische Beschaffenheit zu sichern, daneben aber auch auf ihre Preisbildung indirekt Einfluß zu gewinnen.

Schon vor dem Kriege waren die Stadtverwaltungen trotz ihres Widerstrebens durch die auftretende Teuerung gezwungen, in die Lebensmittelversorgung einzugreifen, die Zufuhren von Lebensmitteln zu ergänzen und teilweise deren Ein- und Verkauf selbst in die Hand zu nehmen. Der Krieg mit der in seiner Folge rapide weiter fortschreitenden Teuerung nötigte zur Durchführung der Zwangswirtschaft, die notwendig den Gemeinden zufallen mußte. Dadurch wurde ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gewaltig ausgedehnt und so fern ihnen diese Tätigkeit bei dem Aufbau der Gemeindeverwaltung naturgemäß auch liegen mußte, haben sie damit doch Außerordentliches geleistet. Daß hierbei auch Mißgriffe vorkamen, soll nicht bestritten werden. Bei den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinden bei Beschaffung von Lebensmitteln, ihrer sachgemäßen Unterbringung und ihrem Vertrieb zu kämpfen hatten, sind diese Mißgriffe völlig belanglos. Zu bedauern ist deshalb, daß mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft ein großer Teil der ihr dienenden Einrichtungen, weit mehr als notwendig war, wieder verschwunden ist. Auf jeden Fall haben die Gemeinden während dieser Zeit den Beweis geliefert, daß sie den Aufgaben der Lebensmittelversorgung gewachsen sind. Die Auffassung, daß nur die private Initiative ihre Lösung in einwandfreier Weise bewältigen könne, hat sich durch-

Gefinnung.

So mußt du einmal sehn am Klippenrande
 Und auf die Woge schau'n, die dich umbraußt,
 So mußt du sehn an nachtem Feltenstrande,
 Die Brandung unter dir, ob dir auch graußt,
 So einmal, fern dem grauen Alltagslande,
 Dem Sturmestral hinein keine Faust -
 Und dann zurück ins laute Räderreiben,
 Voll Mut den Blick. So wirst du Sieger bleiben.

Die dumpfe Luft der allzuengen Gassen
 Hat dir dein Köstlichst's, die Kraft, geraubt.
 Du wachst von dir und aller Welt verlassen
 Und hast an deinen Steen nicht mehr geglaubt,
 Und sahst die Jugend hinter dir verfließen,
 Mit einem Lächeln, müde und verstaubt.
 Schon wollest du dem Schicksal dich ergeben -
 Da schrie dein Herz in dir: ist das - das Leben?

Ob Raum dem Drang, der unter heiligen Schauern
 Dich vorwärts in die helle Zukunft weist!
 Es ist nicht Zeit, die Tage zu vertrauen,
 Solang die Sonne dir zu Häupten leucht.
 Es wartet deiner vor den engen Mauern
 Das weite Ackerfeld, das Leben heißt:
 Hand an den Pflug, die Schollen umgebrochen!
 So hörst du hell das Herz der Erde pochen.

Wilhelm Müggen.

aus als hinfällig erwiesen. — Der Verlauf der staatlichen Umwälzung, der Zerfall der Währung, das Festschlagen der Sozialisierungsbestrebungen infolge des Niedergangs der deutschen Wirtschaft sowie das Widerstreben des Kapitalismus haben in der Entwicklung der kommunalen Gemeinwirtschaft einen Rückschlag verursacht. In wesentlich höherem Maße als die privaten Betriebe hatten die kommunalen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen unter den Wirkungen der Nachkriegszeit zu leiden. Für den privaten Betrieb kam die Berücksichtigung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze nicht in Frage. Der allgemeine Warenmangel setzte sie in den Stand, für ihre Erzeugnisse, soweit sie lebensnotwendig waren oder Luxusbedürfnissen dienten, für die starke Nachfrage herrliche, auch zu wahnwitzig hohen Preisen Absatz zu finden. Daneben besorgte sie zum großen Teil die Möglichkeit, wenn nicht anders, so auf dem Wege der Warenanhäufung sich in weitgehendem Maße gegen die Wirkungen der Inflation zu schützen. Derartige Mittel waren für

die kommunalen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen nicht anwendbar. Die herabgehende Kaufkraft der Bevölkerung zwang die Gemeinden die Preise für Wasser, Gas, Elektrizität, Straßenbahnbenutzung, zugleich aber auch die Gebühren für die Benutzung der sonstigen städtischen Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schlacht- und Viehhöfe, Badeanstalten usw. auf das niedrigste Maß herabzusetzen. Darunter mußte die Rentabilität der gemeindlichen Einrichtungen leiden, die zudem durch die hohen Preise der kartellierten privaten Unternehmungen für Materialien und Rohstoffe usw. noch weiter herabgedrückt wurde. Die Lage der kommunalen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wie die gesamte Finanzwirtschaft der Gemeinden wurde dadurch zu einer kritischen, und bei längerer Fortdauer dieser Verhältnisse schien ein Zusammenbruch unausweichlich.

Diese mißlichen Verhältnisse ließ der Kapitalismus nicht ungenutzt. Schon längst hatte er die Entwicklung der kommunalen Gemeinwirtschaft mit wachsendem Unbehagen verfolgt. Nunmehr bot sich die Gelegenheit, sie zu Fall zu bringen und aus ihrem Zusammenbruch auf Kosten der Gemeinden wie der großen Verbrauchermassen neue Bereicherungsmöglichkeiten zu schöpfen. Ein allgemeines Kesseltreiben gegen die staatliche und kommunale Gemeinwirtschaft begann. Den kapitalistischen Unternehmungen zufolge hatte der Sozialismus ein Flaster erlitten, die staatliche und kommunale Gemeinwirtschaft sich nicht bewährt; sie waren angeblich in ihren Zielen durch die wirtschaftliche Entwicklung ad absurdum geführt worden. Der gemeinwirtschaftliche Betrieb war zu schwerfällig, um sich den wirtschaftlichen Schwankungen anzupassen. Nur die Rückkehr zum privaten kapitalistischen, allenfalls zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb konnte Rettung bringen. Ein Teil der Bevölkerung wie der Gemeindeverwaltungen ließ sich durch diese Behauptungen betören und fiel auf die von dieser Seite kommenden Ratschläge herein. Glücklicherweise nicht allzu viele, wozu die Veränderung der

Verhältnisse beitrug, die durch die Festigung der Währung hervorgerufen wurde. Mit ihrem Eintritt fand eine, wenn auch langsame, Erholung und Konsolidierung der kommunalen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen statt. Diese hat sich inzwischen fortgesetzt und stehen gegenwärtig die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden im allgemeinen auf gesunder finanzwirtschaftlicher Grundlage da.

Mit dieser Wandlung der Verhältnisse wird man sich nicht zufrieden geben können. Wenn sich auch die von kapitalistischer Seite, teils aus gewinnfüchtigen, teils aus anderen Motiven über das Wesen der kommunalen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen angestellten Behauptungen als unbegründet, vielfach als maßlos übertrieben erwiesen haben, so dürfen die in der kritischen Zeit der deutschen Wirtschaft gemachten Erfahrungen doch nicht unbeachtet bleiben. Daß den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen des Staats wie der Gemeinden gegenüber den privaten Betrieben eine gewisse Schwerfälligkeit innewohnt, daß sie nicht die gleiche Anpassungsfähigkeit besitzen, ist nicht unbedingt und in allen Fällen mit ihrer Eigenart verbunden. Dieser Mangel läßt sich in den meisten Fällen beheben und er muß behoben werden, ohne daß eine Rückkehr zur privatkapitalistischen Unternehmung stattfindet. Wollte man diesen Weg wählen, so wäre das ein ungeheurer Rückschritt, der sich bald rächen würde. Diesen Weg zu gehen, liegt nicht die geringste zwingende Notwendigkeit vor. Ihn zu vermeiden, stehen den Gemeindeverwaltungen die Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung, sie brauchen sie nur anzuwenden. Ziel und Zweck ihrer Anwendung kann nicht sein, die kommunale Gemeinwirtschaft zu beschränken, sondern im Gegenteil, diese weitestgehend zum Ruhen und Besten des Gemeinwohls weiter auszudehnen.

Kattulat.

Gewerkschaftsarbeit ist Kulturarbeit.

„Aus stumpfsinnigen Arbeitstieren, die sich vom Unternehmertum alles bieten ließen, hat die Gewerkschaftsbewegung in wenigen Jahren eine klassenbewusste Arbeiterschaft gemacht.“

Treffender kann von niemand mit so wenigen Worten die Tätigkeit und das Wirken der Gewerkschaften umrissen werden, wie dies Carl Legien 1911 auf dem Dresdener Gewerkschaftstongreß im obigen Satze getan hat. Und trotzdem gibt es heute leider noch so viele Arbeitnehmer, die den Bestrebungen der Gewerkschaften gleichgültig, ja sogar feindselig gegenüberstehen.

Man sollte doch annehmen dürfen, daß nach all dem Jammer, den die Kriegs- und Nachkriegsjahre mit allen Bebrüdungen mit sich brachten, der deutschen Arbeiterschaft wenigstens die Erkenntnis dämmern würde, daß nur in starken und einheitlich geschlossenen Gewerkschaften die Gewähr für eine endliche Befreiung aus unwürdigen Zuständen liegt. Statt dessen hört man so viel davon, daß die Gewerkschaften verfaßt hätten und dergleichen Unsinn mehr. Demgegenüber muß betont werden, daß eine Gesellschaftsordnung, die durch Jahrhundertlanges Bestehen so tief eingewurzelt ist, nicht über Nacht geändert werden kann. Schon August Bebel sagte:

„Eine neue Gesellschaftsordnung ist ohne die Menschen, die sie wollen und die die Fähigkeit besitzen, sie fortzuentwickeln, unmöglich.“

Also nicht an dem guten oder bösen Willen des einzelnen, oder an der Befähigung der „Führer“ liegt es, wenn heute noch nicht die Verhältnisse bestehen, die wir alle wünschen, sondern das größte Hindernis, an die Stelle des alten, überlebten Staatswesens ein neues, besseres zu setzen, ist der sprichwörtlich gewordene Unverstand der Massen. Diesen Unverstand zu beseitigen und aus unvernünftigen Wesen klardenkende und lichtwärts strebende, geistig hochstehende Menschen zu machen, ist eines der Ideale, um das der sich seines Wertes bewußt gewordene Teil der Arbeiterschaft aller Kulturländer heiße und opferreiche Kämpfe geführt hat und noch wird führen müssen, bis das Ziel erreicht sein wird. Daß auf diesem Gebiete schon Erhebliches geleistet wurde von den Gewerkschaften, wagen selbst ihre erbittertesten Gegner nicht mehr zu bestreiten. Es darf ohne Ueberhebung gesagt werden, daß an dem geradezu genialen Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens die Gewerkschaften einen großen, wenn nicht den größten Teil auf ihre vorwärtsstrebende Tätigkeit buchen können. Denn was nützen die tüchtigsten Ingenieure und Handelsstrategen, wenn die Armeen der dazu nötigen Arbeiter sich aus geistig tiefliegenden Menschen rekrutieren und im Duntel des Unverstandes gehalten werden.

Daß neben den idealen Zielen die Gewerkschaften auch die

materiellen Wünsche ihrer Anhänger bzw. der Arbeiterschaft mit Mut und Tatkraft vertreten, ist bekannt. Aber auch hier ist dem Latendrang der Organisationen eine Grenze gezogen, die sich nicht so leicht überschreiten läßt, wie das leider so viele glauben annehmen zu dürfen. Denn auch hier erweist sich der erwähnte Unverstand der Massen als das allergrößte Hindernis und zwingt ganz besonders bei materiellen Forderungen die Gewerkschaften gar oft, das gesteckte Ziel nicht, oder doch nur teilweise unter allerhöchsten Opfern zu erreichen. Es gibt eben leider unter den Arbeitern solche, die glauben, nicht selb zu werden, wenn sie mit ihren Brüdern und Schwestern gegen Unterdrückung und Ausbeutung gemeinsam in den Kampf treten. Sie bilden mit das Hindernis, das die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, die Lage der Arbeiterschaft erträglich zu gestalten und die Menschheit im allgemeinen auf die Höhen der Kultur zu führen, hemmt.

Aber gerade aus den Reihen solcher Elemente hört man über die Gewerkschaften und deren Funktionäre oftmals die abfälligen und böddesten Urteile, wie solche eben nur Unverstand und Unkenntnis der Dinge und Geschehnisse hervorzubringen vermögen. Daß aus diesen Vorgängen nur das Unternehmertum aller Berufsgruppen Vorteil zieht und zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft auswertet, darüber sollte sich doch endlich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin klar sein und sollte mit aller Energie dafür sorgen, daß in den letzten Winkel des Unverstandes mit der Fackel hineingeleuchtet, die Gleichgültigkeit in fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit umgemünzt und dadurch Kulturarbeit im wahren Sinne des Wortes geleistet wird. In jedes Arbeitnehmerhirn, gleichgültig ob Hand- oder Kopfarbeiter, muß die Erkenntnis eingeschlämmt werden: Jede Stärkung der gewerkschaftlichen Reihen ist Arbeit geleistet für den kulturellen Fortschritt bzw. Aufstieg der Menschheit, insbesondere der Arbeiterschaft. Allerdings ist die Aufgabe nicht leicht. Es werden manche Enttäuschungen zu überwinden sein, so daß hier zutrifft, was schon Ignaz Auer sagte, nämlich:

„Nun ist ja sicher, daß die Masse in der Nähe anders ansieht, als wohlmeinende Schwärmer sie sich vorstellen. Das kann nach einer jahrhundertelangen Mißhandlung unter Sklaverei, Feudalherrschaft und industrieller Ausbeutung gar nicht anders sein. Dies zu ändern und zu bessern, ist eben die Aufgabe unserer Bewegung. Wer aber in dieser nur den Prinszen sieht, der das Rumpelkind Dornröschen toll nur erwidern braucht und zu erschren hat, der täuscht sich über die uns gestellte Aufgabe.“

Job. Bernreuther, Nürnberg.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925.

Am 16. Juni 1925 erfolgt eine reichsamtliche Volkszählung, verbunden mit einer allgemeinen Berufs- und Betriebszählung. Schon heute wüsten wir auf diese vom Reich veranstaltete Volkszählung wegen ihrer großen Bedeutung aufmerksam machen. Die letzte allgemeine Volkszählung erfolgte im Jahre 1907, also vor nunmehr 17 Jahren. Die verschiedenen, in dieser langen Zwischenzeit erfolgten amtlichen Zählungen erstreckten sich nur auf einzelne Teilgebiete unseres Wirtschaftslebens. Diesen Sonderzählungen fehlte der allumfassende Charakter. Dabei ist noch zu bemerken, daß diese verschiedenen Zwischenzählungen, schon rein aus Vergleichsmöglichkeiten, auf den für die Zählung von 1907 geschaffenen Grundlagen beruhten. Wie wenig diese Grundlagen dem organischen Wirtschaftsleben entsprachen, zeigt die Tatsache, daß die Gaswerksbetriebe der Industriezweig VIII mit der Bezeichnung: „Industrie der land- und forstwirtschaftlichen Nebenerzeugnisse“ eingegliedert worden waren. Neben den Gaswerken umfaßte diese Gruppe noch: Deilmühlen, Pflanzensettfabriken, Licht- und Seifenfabriken. Dieses eine Beispiel zeigt zur Genüge, wie im Jahre 1907 die Grundlagen für die Reichsstatistik nur allein vom grünen Tisch aus gesehen aufgestellt waren. Es muß gesagt werden, daß für diese, am 16. Juni d. J. stattfindende Zählung die Grundlagen nach einem mehr zeitgemäßen Plane geschaffen worden sind, und das unter Hinzuziehung der statistischen Landesämter, weitgehender gutachtlicher Beteiligung von Sachverständigen aus Kreisen der Industrie, des Gewerbes, des Handels, der Landwirtschaft, sowie auch Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer.

Der von unserer Organisation gestellte Antrag, die öffentlich-rechtlichen Betriebe, also alle Reichs-, Staats-, Provinz-, Kreis-, Kommunalbetriebe bzw. die darin Beschäftigten in einer besonderen Gruppe vereinigt zu zählen, fand unter Berücksichtigung der technischen Schwierigkeiten keine Zustimmung. Die so überaus verschiedenartigen öffentlich-rechtlichen Betriebe in der Richtung ihrer Produktions-, Betriebs- wie Verwaltungsform erschweren die Durchführung dieses Planes zweifellos ganz erheblich. Es werden die einen gewerblichen oder industriellen Charakter tragenden öffentlich-rechtlichen Betriebe mit in der in Frage kommenden Industriezweig gezählt. Für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte ist diesmal immerhin eine eigene Gruppe (XIX) geschaffen worden. Eine eigene Gruppe bildet auch das gesamte Gesundheitswesen einschließlich Wohlfahrtspflege (Gruppe XXV). Die Beschäftigten bei den öffentlich-rechtlichen Verwaltungsbehörden werden ebenfalls in einer besonderen Gruppe (XXIV) gezählt. Die Aufzählung aller besonderen Einzelheiten verbietet der begrenzte Raum. Von Wichtigkeit ist nur, daß alle unsere Mitglieder der Zählung die größte Sorgfalt und Aufmerksamkeit schenken und sich bemühen, den Zählbogen vorchriftsmäßig auszufüllen.

Als Zählformulare werden verwendet werden eine Haushaltszählung, ein Gewerbebogen und ein Landwirtschaftsbogen. Die beiden letzteren Bogen kommen für unsere Mitglieder so gut wie gar nicht in Betracht; die Ausfertigung dieser Bogen hat durch die gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebsinhaber zu erfolgen.

Die Haushaltszählung ist das für unsere Mitglieder in Frage kommende Zählformular. In dieses Verzeichnis sind alle in der Nacht vom 15. zum 16. Juni in der Wohnung anwesenden bzw. zum Haushalt gehörenden Personen einzutragen. Die auf der Haushaltszählung gestellten Fragen sind genau auszufüllen; sie beziehen sich auf den Personen- und Familienstand, die Staatszugehörigkeit, Muttersprache, letzten Wohnsitz vor dem Kriege sowie die Berufsverhältnisse. (Haupt- und Nebenberuf.) Die Haushaltszählung dient zur Gewinnung der Unterlagen für die Berufs- und Betriebszählung. Es ist daher ungemein wichtig die genaue Berufsangabe des Haushaltsvorstandes sowie der einzelnen Mitglieder des Haushaltes, sofern diese berufstätig sind.

Die industriellen Produktionsmethoden haben eine ungeheuer große Zahl neuer Bezeichnungen für die in dem mechanisch-maschinellen Produktionsprozeß tätigen Teilarbeiter gebracht. Der typische handwerkliche Berufsarbeiter der Zukunft ist infolge der maschineller Teilarbeit geschwunden, an seine Stelle der eine besondere Bezeichnung führende Teilarbeiter getreten. Eine Mehrzahl von Teilarbeitern zusammen bildet erst den typischen Träger irgendeines industriellen Produktionsprozesses. Von dieser Tatsache ausgehend, werden bei der Auswertung des Zählergebnisses die zum typischen Träger des Produktionsprozesses gehörenden Teilarbeiter als „1-Produktionsarbeiter“ behandelt. Es ist daher notwendig, daß zum Beispiel der Feuerhausarbeiter eines Gaswerkes seinen Beruf als Feuerhaus-

arbeiter angibt, daselbe gilt für jeden anderen Arbeiter des Gaswertbetriebes. Zu vermeiden ist der Sammelbegriff: Gasarbeiter, weil unter diesem Sammelbegriff die nicht zum „typischen Träger“ gehörenden „Nebenarbeiter“ als c-3-Personen gezählt werden. Ausgesprochene Berufshandwerker, wie zum Beispiel der Schmied oder Schlosser im Gaswert, haben sich als Gaswertkloster oder -schmelz einzutragen. Diese werden als c-2-Personen gewertet und gezählt. Augenmerklich wird die Notwendigkeit einer genauen Angabe der üblichen betriebstechnischen Berufsbezeichnung in dem Falle, wenn zum Beispiel der Straßenteiler in der Haushaltungsliste sich einfach nur als städtischer Arbeiter einträgt und als Arbeitgeber einfach „Magistrat Berlin“ oder „Rat der Stadt Leipzig“ angibt. Bei der statistischen Auswertung der Haushaltszählung wird es in solchem Falle unmöglich, den städtischen Arbeiter nach seiner Betriebszugehörigkeit in der Berufs- wie Betriebsstatistik unterzubringen. Wir aber wollen aus der amtlichen Statistik wissen, wieviel beschäftigte Personen in den verschiedenen städtischen Betrieben, wie Gaswerke, Wasserwerke, Straßenreinigung oder Kanalisation usw. vorhanden sind. Notwendig ist deshalb auch die genaue Angabe der Betriebsstätte bzw. Betriebsverwaltung.

Diese Darlegungen, insbesondere die wenigen Beispiele mögen das Verständnis bei unseren Mitgliedern für die reichsamtliche Volks-, Berufs- wie Betriebszählung wecken. Wir haben als gewerkschaftliche Organisation ein großes Interesse, die genauesten Zahlen der Beschäftigten, ihre Funktionen im Produktions- wie Wirtschaftsprozess der öffentlich-rechtlichen Betriebe, soweit nur möglich, zu erfahren. Der vollwertige Staatsbürger ist auch zahlenmäßig mit allen volkswirtschaftlichen Fragen vertraut. Die genaue Kenntnis der Struktur unseres Wirtschaftslebens ist Voraussetzung für unsere praktische Wirtschafts- wie Sozialpolitik. M.

Unsere Aufgabe im Wirtschaftsprozess.

Oftmals hört man in den Betrieben und Versammlungen die Frage: „Was hat uns eigentlich die Revolution gebracht?“ Sie erfolgt meistens im Zusammenhang mit rein wirtschaftlichen Fragen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn diese Fragestellung keine oberflächliche, jede Konsequenz entbehrende Kritik wäre, ohne die lokalen Zusammenhänge zu untersuchen.

Die Revolution, die wir 1918 erlebten, ist stark zu unterscheiden von einer ökonomischen Revolution, oder besser gesagt, Reorganisation. Warum? Bei ersterer handelt es sich um die Republikanisierung und Demokratisierung des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Es war ein rein staatspolitischer Akt. Die ökonomische Revolution will aber eine Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung von der individualistisch-kapitalistischen Form in die sozialistische oder gemeinwirtschaftliche. Wohl kann man die überflüssigen Auswirkungen der noch nicht auf ihren Höhepunkt gelangten kapitalistischen Wirtschaft durch sozialpolitische Gesetzgebung abschwächen. Hierdurch wird aber nichts geändert an dem Wesen der privatwirtschaftlichen Ordnung, die durch jahrhundertelange, geschichtliche Entwicklung tief eingewurzelt ist.

Zugegeben muß werden, daß diejenigen Kreise, die im Besitz der Produktionsmittel sind, immer wieder neue Mittel und Wege erfinden, um die Güterproduktion auf einen möglichst hohen Stand zu bringen. Das Verbotnis zu dieser Wirtschaftsgestaltung ist jedoch bei den Wirtschaftsdiktatoren nicht die erhöhte Bedürfnisbefriedigung der gesamten Bevölkerung, sondern die Eier nach Profit. Naturgemäß haben die wirtschaftsführenden Kreise ein Interesse daran, diese Wirtschaftsordnung hochzuhalten, da sie nur in dieser ihre ins ungeheure gemachene Vormachtstellung behaupten können. Sie scheuen dafür kein Opfer. Wesentlich unterstützt werden sie dabei, ungewollt, von einem großen Teil der Arbeiter, die den Dingen passiv und indifferent gegenüberstehen. Ohne das Aufbäumen der Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeutung sind aber die Dinge nicht zu ändern. Ansätze zur Gemeinwirtschaft sind die genossenschaftlichen und gemeinnützigen Einrichtungen, welche von der Arbeiterschaft selbst ins Leben gerufen und getragen werden. Bereits bestehende Genossenschaften, die ihr Hauptaugenmerk auf dies Gebiet der Konsumtion oder die Warenverteilung richten, lassen an ihren Erfolgen erkennen, daß sie bereits ein beachtenswertes Bollwerk gegen die privatkapitalistische Ausbeutung darstellen.

Auf dem Gebiete der Produktion aber könnte man im ersten Augenblick glauben, fehlt uns noch jede Handhabe, um eine mitbestimmende Tätigkeit auszuüben. Trotzdem gibt es einen wesentlichen Faktor, den Betriebsrat. Er ist dazu berufen, auf

Grund gesetzlicher Vorschriften an dem Wirtschaftsprozess mitbestimmend zu sein. Seine Tätigkeit wiederum ist nur fruchtbringend, wenn eine machtdarstellende Organisation hinter ihm steht und er gemeinsam mit dieser versucht, in seinem Wirkungsbereich alle aufgeworfenen Wirtschafts- und Sozialprobleme in einem für die Arbeiter günstigen Sinne zu lösen. Ferner muß der Betriebsrat bestrebt sein, namentlich in den öffentlichen Betrieben (Gemeinde, Staat, Reich usw.) seine Kollegen an der praktischen Wirtschaftsführung des Betriebes zu interessieren, denn die Gemeindebetriebe sind ja für die allgemeine Bevölkerung und werden auch durch die Deputationen von ihr verwaltet. Mit allen Vorbehalten könnte man also sagen, daß die gemeindlichen Werke, sofern eine zielbewusste Arbeiterschaft und dementsprechende Betriebsvertretungen vorhanden sind, eine Etappe zur Wirtschaftsneugestaltung sein können. Ein wesentlicher Fortschritt ist auf diesem Wege erreicht, wenn es den Betriebsräten der öffentlichen Betriebe mehr und mehr gelingt, alle gemeinwirtschaftlichen Tendenzen zu unterbinden, dafür aber versucht wird, den weitaus größten Teil, wenn nicht alle für den Arbeitsprozess benötigten Erstattungen in eigener Regie herzustellen.

Die fundamentalste Erkenntnis muß aber die sein, daß eine ökonomische Neugestaltung nur in dem Wirtschaftsprozess selbst und nicht durch Parlamentsmehrheiten herbeigeführt werden kann. Darum nicht nur die Forderung zur Wirtschaftsdemokratie, sondern Erträmpfung derselben durch zähe Kleinarbeit der Funktionäre an dem Platz, wo sie stehen. **G. g. A m l u n g.**

Die Gründung des Berliner Arbeiterkulturkartells.

Immer aufmerken, immer denken, immer lernen, darauf beruht der Anteil, den wir am Leben nehmen. Und so gut wie vom Leben und Tode abhängt es sich sagen: „Wer nicht mehr denkt, wer nicht mehr lernt, der lasse sich begraben.“ v. Fallersleben.

Die Lösung kultureller Fragen und die Zentralisation der bestehenden Kulturorganisationen ist für eine Millionenarbeiterstadt wie Berlin eine zwingende Notwendigkeit. Wir müssen die Gründung des Kulturkartells auf freudigste begrüßen; gibt es uns doch Mittel in die Hand, Theateraufführungen, Feste, Konzerte und Gesangsveranstaltungen, Vorträge und Lehrcurse nach einheitlicher Disposition, sowohl künstlerisch als auch wissenschaftlich, zur höchsten Leistung zu entfalten. An den Verhandlungen, die die Bildung dieses Kulturkartells bezweckten, waren die Gewerkschaftskommission, der M.A.-Bund, die Volksbühne, der Arbeiterlängerbund, das Arbeiterportkartell, der Bildungsausschuß der SPD. und einige andere Organisationen beteiligt. Die Verschiedenartigkeit dieser Bildungsorganisationen zeigt schon, daß hier verschiedene Hindernisse überwunden werden mußten; jedoch das Bewußtsein jedes einzelnen, Kulturarbeit zu leisten, die noch umfassender und wirkungsvoller als die bisherige ist, ließ alle Vertreter die Gründung des Kartells befürworten. Die einzelnen Organisationen sind entsprechend ihrer Größe in einem Kultur-ausschuß vertreten, der die allgemeinen Richtlinien finanzieller und künstlerischer Art festlegt. Die jeweiligen Geschäfte werden von einem fünfköpfigen geschäftsführenden Ausschuss verrichtet. Die Arbeit des

Arbeiterkulturkartells besteht darin, Ratschläge zu erteilen und Veranstaltungen durchzuführen. Die Pflicht der Arbeiterorganisationen ist es nun, bei Veranstaltungen von Vergnügungen, Vorträgen oder Lehrcursen das neu gegründete Kartell um Rat anzurufen, damit alle Veranstaltungen das Beste für die Arbeiterschaft bieten. Das Kartell soll aber auch selbst von sich aus Vortragsabende, Konzerte, Feiern, Festen usw. arrangieren, um die Arbeiterschaft loszulösen von kapitalistischen Vergnügungsmethoden, von den kitschigen Operetten und Filmen, von den perfiden Balladen und Kabarets. Tausende von Arbeitern laufen heute noch nach den Klängen des Frédéricus-Marsches, sehen noch mit staunenden Augen Paradenmärschen in den Theatern zu. Hier einzusehen, die Arbeiter Künstler und Dichter, die aus unseren Reihen hervorgegangen sind, zuzuführen, ist die vornehmste Pflicht dieses Kartells. Wichtig ist auch die Bildungsfrage, jungen Menschen geeignete Möglichkeiten zu schaffen, ihr Wissen zu erweitern und sie zu aufrechten Sozialisten zu erziehen. Alle Energie und Tatkraft des einzelnen können nicht die kapitalistische Gesellschaft vernichten, wenn nicht die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse, nicht genügend Wissen und Können vorhanden sind. Gerade die jungen Arbeiter mit Bildung zu versehen ist eine Aufgabe, die nicht hoch genug geschätzt werden kann. Ihnen nach Absolvierung unserer rückschrittlichen Volksschule, die ihr Ziel darin sieht, für den Kapitalismus brauchbare Objekte zu schaffen, sozialistisches Wesen und Gesinnung, Solidarität und die Erkenntnis, daß Klassengegnerschaft vorhanden sind, zu übermitteln, ist für die Durchführung des Sozialismus eine Kardinalfrage. Die Arbeiterschaft befand sich schon in Situationen, wo es möglich gewesen wäre, die kapitalistische Gesellschaft ins Jenenseits zu befördern; aber immer wieder scheiterten die Versuche an der mangelnden Bildung der Arbeiterschaft, an der Disziplin und der Solidarität. Das mangelnde Klassenbewußtsein, das Fehlen positiver sozialistischer Erziehung muß heute die Arbeiterschaft teuer bezahlen. Die Ansicht, daß nur Menschenaffen da sein müßten, die mit allem Feuer ihres Erbrens die bürgerliche Gesellschaft überrennen, um die Macht zu erobern, hat sich als utopisch erwiesen. Zur Errichtung des Sozialismus gehört eine starke sozialistische Bewegung, die als Voraussetzung die sozialistische Erziehung hat. Unsere Hoffnung, zum Sozialismus zu kommen, liegt hauptsächlich in der Erziehung. Kenntnis von unseren Vorkämpfern Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht usw., Kenntnis von dem Wesen des Staates, Kenntnis von den wirtschaftlichen Verhältnissen ist ein Hauptgebiet, das das Arbeiterkulturkartell zu pflegen hat. Darüber hinaus hat es auch während der Ruhe- und Erholungsstunden für die Idee der Arbeiterklasse zu wirken. Für die Arbeiterschaft, und vor allem für uns Gewerkschafter, wäre zu wünschen, daß dieses neue Unternehmen der Arbeiterschaft recht viele Erfolge zeitigen möge; damit auch andere größere Städte nach dem Vorbild Berlins die Zentralisierung der Kulturorgane der Arbeiterklasse vornehmen. Dann würde das Wort Karl Marx': „Reform des Bewußtseins“ einen Boden finden, auf dem Gutes gedeihen wird. Ein neues Bewußtsein zu schaffen muß die höchste aber auch schwerste, dafür aber um so dankbarere Aufgabe unseres Arbeiterkulturkartells sein. **E. E.**

Solidarität.

Die Praxis des Lebens trägt mehr dazu bei, uns die Anforderungen unserer Pflicht zu lehren, als die scharfsinnigste Philosophie, die jemals erdunken wurde. **David Dume.**

Was heißt „Solidarität“? Den Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen!“ auf das praktische Leben übertragen. Es dürfte unbestritten sein, daß dieser hohe ideale Grundsatz im Kulturleben aller Völker eine wichtige Rolle spielte. Im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Existenzkampf aber konnte der Gedanke der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe, des gemeinsamen Handelns im Interesse großer Volksschichten, im Interesse der Allgemeinheit erst in der Gesellschaft der kapitalistischen Warenproduktion die große Bedeutung erlangen, die er heute und seit vielen Jahrzehnten tatsächlich besitzt. Rechte und Pflichten der Menschen sind nicht etwas Gleichbleibendes, sie waren stets ein Spiegelbild der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse. In der Praxis des Lebens, in der rauen Wirklichkeit sind die realen Grundlagen menschlicher Pflichten und menschlicher Rechte zu suchen.

In Klassenkämpfen, in nationalen und religiösen Kämpfen kam der Gedanke der „Solidarität“ in den Jahrtausenden Weltgeschichte immer wieder zur Geltung. Die kapitalistische Wirtschaft aber hat dem schonen und erhabenen Menschheitsgrundsatz: „Einer für alle, alle für einen!“ eine besondere Prägung, einen be-

sonderen Inhalt gegeben. In dem Maße, wie die kapitalistische Gesellschaft die Menschheit wirtschaftlich, sozial und kulturell auseinanderriß, in dem Maße gab sie dem Gedanken der Solidarität eine neue Form, neuen Inhalt. Wo kommt der Gedanke der Solidarität, des gemeinsamen Handelns im Interesse aller wirksamer und erhabener zum Ausdruck, als in den politischen, sozialen und kulturellen Kämpfen der in der politischen und wirtschaftlichen Bewegung vereinigten Klasse körperlich und geistig Arbeitender! Diese Bewegung aber wurde von der kapitalistischen Wirtschaft geschaffen. In der Arbeiterbewegung ist der Gedanke der Solidarität nicht nur gefühlsmäßig, sondern bewußt lebendig. Und gerade deshalb ist er auch fruchtbringend und gestaltend. Als Klassenkampf ist der von der Schatten der kapitalistischen Gesellschaft wandelnden und schaffenden Menschheit geführte politische, soziale und kulturelle Existenzkampf verschrien. Die Träger und Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaft „überleben“, daß der Klassenkampf den Klassen Gegensatz zur Voraussetzung hatte, den das von ihnen geschaffene und beherrschte gesellschaftliche System auf dem Gewissen hat. Klassenkampf ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu einem höheren Zweck, zur Befreiung der politisch geächteten und ökonomisch entrechteten Menschheit. Gibt es ein Menschenrecht, das höher steht, als dieser Kampf?

Wir dürfen und wollen indessen nicht blind sein gegenüber den Schwächen, die sich in dem großen solidarischen Befreiungs-

Dritter Landesfiedleritag in Sachsen.

Der Allgemeine Sächsische Siedlerverband, in welchem die freigewerkschaftlichen Spitzen Sachsens sich und Stimme haben, hielt am 7. und 8. März d. J. in Dresden seinen 3. ordentlichen Landesfiedleritag ab. Der Geschäftsbericht, welcher eine Fülle von statistischem Material darbot, war ein Ausdruck zielbewußter Arbeit, welche sich an die freigewerkschaftliche Tätigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse anlehnt. Hauptzweck der Organisation ist die Zusammenfassung aller Konsumenten auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft mit dem Endziel der Schaffung von Heimstätten gemäß Artikel 155 der Reichsverfassung. Der Mitgliederbestand von fast 12000 rekrutiert sich aus Arbeitnehmern aller Art. Im vergangenen Jahre hat der Verband rund 500 Heimstätten errichtet, welche Zahl im laufenden Jahre noch bedeutend erhöht werden wird. Der Verband strebt an, das zur Verfügung stehende Kapital durch Verbilligung der Produktion mittels Zentralisierung des Beschaffungs- und Rationalisierung resp. technischer Vervollkommnung der Betriebsmethoden zu vermehren. Den Bestrebungen des Verbandes feindlich gegenüber stehen die Hausbesitzer; denn mit der Verbilligung der Wohnungsproduktion und deren Vermehrung sinkt der Wert des Hausbesitzes resp. der Wert des im Hausbesitz liegenden Kapitals. Vor allen Dingen hat der Verband den örtlichen und bezirklichen Behörden bewiesen, daß er für Herstellung einer Wohnung im Einfamilienhaus nicht mehr Zuschuß aus Mitteln der Mietzinssteuer bedarf, als er an Privatunternehmer zur Schaffung von Wohnungen in Mietkasernen, den Quellen größten Elends, gewährt wird. Recht umfangreich ist die vom Verband geleistete Tätigkeit auf dem Gebiete der Steuerpolitik, er kämpft stetig für die Umwandlung der Mietzinssteuer von der Gemeinde- zur Staatssteuer, die ja allein in Sachsen Gemeindesteuer geblieben ist und infolgedessen rationelle Ausnützung im Interesse der Beseitigung der Wohnungsnot nicht zuläßt und für eine gerechte Besteuerung von Grund und Boden an Stelle der gegenwärtig verübten Steuerausbeutung an der Arbeitnehmererschaft. Konform mit den Gewerkschaften erhebt der Verband die Forderung nach dem Achtstundentag und kritisiert lebhaft die reaktionäre Arbeitszeitpolitik der Reichsregierung. Im Anschluß an den Geschäftsbericht wurde folgende Entscheidung angenommen:

1. Der 3. Sächsische Landesfiedleritag fordert in bezug auf die Finanzierung des Wohnungsbaues: 1. daß die Mietzinssteuer Staatssteuer wird; — 2. daß die gesamte Mietzinssteuer zum Wohnungsbau verwendet wird; — 3. daß für die Beihilfen aus der Mietzinssteuer zweite Hypotheken gegeben werden; — 4. daß für die Beihilfen zum gemeinsamen Wohnungsbau neben einer angemessenen Tilgung keine Verzinsung gefordert wird; — 5. daß Beihilfen an gemeinnützige Unternehmungen bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegeben werden; — 6. daß bei Verteilung der Mittel der gemeinnützige Wohnungsbau in erster Linie berücksichtigt wird.

II. Der 3. Sächsische Landesfiedleritag ersucht die Regierung um Herbeiführung derjenigen gesetzlichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um nach preussischem Vorbild den Gemeinden die Pflicht aufzuerlegen, Heimstätten und Kleingartengebiete zu schaffen. Die Aufgabe erscheint so dringend, daß die Reuaktion des allgemeinen Baugesetzes, die zweifellos noch Jahre in Anspruch nehmen wird, nicht abgewartet werden kann.

Kämpfe in der praktischen Wirklichkeit leider immer wieder gezeigt haben. Wer in den praktischen Kämpfen der Arbeiterbewegung steht, weiß, daß die Schlägen eines ungefunten und rohen Egoismus nicht ganz ausgerottet sind und dem hohen idealen Kampfe um den Menschheitsfortschritt manche Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten. Mißgunst und Neid sind schlimme Feinde des Gedankens der Solidarität. Es ist ungesund und zu verurteilen, wenn in der Werkstatt in der Fabrik Arbeitskollegen, die in gemeinsamem Kampfe stehen, sich gegenseitig befehlen, weil die soziale Lage geringfügige Unterschiede zeigt. Die Wertung und Entlohnung der Arbeitskraft ist in der kapitalistischen Gesellschaft keine gerechte und ideale. Die rohesten Erscheinungen des kapitalistischen Ausbeutungssystems sind aber beseitigt, wo die gewerkschaftlichen Kämpfe wirksam werden konnten durch bewußte Anwendung des Gedankens solidarischen Handelns. Im übrigen steht die kapitalistische Produktionsweise mit dem gewerkschaftlichen Entlohnungsgrundsatz Existenzminimum für jeden Arbeitenden, darüber hinaus Leistungsbewertung, in schroffem Widerspruch. Wer sich dessen bewußt ist, wird sich von den Schlägen eines ungefunten Egoismus im Verkehre und Pampfe gemeinsam mit seinen Arbeitsbrüdern und -schwestern befreien. Starker, bewußter Wille und klare Erkenntnis der ökonomischen Bedingungen unserer sozialen und kulturellen Existenzkämpfe werden auch über menschliche Charakterchwächen den Sieg erringen.

Wie stark das Interesse der Masse an der Heimstättenfrage ist, bewies die rege Beteiligung an den den Landesfiedleritag umrahmenden öffentlichen Veranstaltungen. Am Begrüßungsabend wurden sächsische Siedlungen im Lichtbild vorgeführt, die lebhafteste Beifallstundgebungen auslösten. Am 8. März sprach Dr. Potthoff unter Anwesenheit von Vertretern der verschiedensten Behörden über Wohnungsnot und Siedlungswesen, Volksgesundheit und Steuerrecht. Nach seinen Ausführungen ist eine gesunde Siedlungspolitik notwendig zur Erfüllung der Lasten aus dem Dames-Gutachten, zur Erhaltung des Achtstundentages. Weil keine großzügige Boden- und Siedlungspolitik getrieben wurde, scheiterte der Achtstundentag. (Karl Marx: Die Expropriation der Reichtumsmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.) Für die Durchführung von Lohnbewegungen bilde der Besitz von Heimstätten eine starke Waffe in der Hand der Streitenden. Die Siedler würden die beste Stütze der Arbeiterbewegung sein. Die Wohnungsfrage ist die dringendste Frage der Sozialpolitik. Zu deren Durchführung sei eine gute Besteuerung des Bodens das beste Mittel.

Stadttrat Wöllenhoff, Frankfurt a. d. O. zeigte in seinem Vortrag: „Aus einer bodenreformerischen Gemeinde“, wie Durchführung bodenreformerischer Bestrebungen soziales Elend beseitigt. — Trotz schlechtem Wetter wurden unter zahlreicher Beteiligung am Nachmittag um Dresden liegende Siedlungen besichtigt und am Abend führten drei Großfirmen an Hand von Lichtbildern und Filmen die durch Umbau, Jurte- und Holzbaueise mögliche Verbilligung der Bautkosten vor. Doch genügen diese Bauweisen nicht zur Herbeiführung einer Verbilligung; die Bautkosten müssen allgemein herabgesetzt werden, was aber momentan kaum zu erwarten ist. Der Bauindex ist nach der „Bauwelt“ von 1231 am 12. August 1924 auf 1686 am 4. Februar 1925 gestiegen (1913 = 1000). Hier gilt das, was Dr.-Ing. Martin Wagner in der „Gewerkschafts-Zeitung“ S. 122 unter „Wohnungswirtschaft“ schreibt: „Die Gewerkschaften müssen Träger der Idee der Rationalisierung der Produktion werden, um den gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften einen Vorprung zu verschaffen, der die Privatwirtschaft automatisch zum Folgen zwingt.“
Hilwin Raumburger.

Für die Frauen

Die Frau im Beruf.

Vor wenigen Jahren war es noch beim Mittelstand verpönt, wenn ein Mädchen einen Beruf erlernte; ausgenommen waren nur die Kranken- und Kinderpflege und einlge geistige und künstlerische Berufe. Das junge Mädchen erhielt eine Ausbildung für ihre spätere Tätigkeit als Hausfrau, und es war deshalb selbstverständlich, daß es das Bestreben jedes Mädchens war, recht bald verheiratet zu sein. Die einseitige Ausbildung zum Hausfrauenberuf machte die Frau abhängig vom Mann, weil sie sich nicht selbst erhalten konnte, oder sie mußte im Besitze eines größeren eigenen Vermögens sein. Es ergab sich daraus, daß die Frau in geringem Ansehen stand, dem Manne unterstellt, ja vielfach Hausknecht war. Ein politisches und

Auf allen Gebieten des Lebenskampfes muß uns das Prinzip des solidarischen Handelns im Interesse aller heilig sein. Wir müssen daher auch den Mut und die Kraft aufbringen, sei es, wo es wolle, für unsere Sache mit Liebe und Begeisterung einzutreten. Wer in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung seit Jahren in bewährter Weise seine Pflicht erfüllt, verdient Unterstützung und Schutz gegen ungerechte, böswillige und verleumderische Angriffe. Führer und Mitglieder der großen politischen und gewerkschaftlichen Bewegung dürfen einander nicht fremd sein. Sie müssen gemeinsam fühlen und denken, soll sich ihr Wirken harmonisch und schöpferisch gestalten. Wer in den Reihen unserer Klassengenossen dem großen solidarischen Kampfe um Recht und Freiheit bewußt Schwierigkeiten bereitet und ihn in unverantwortlicher Weise schädigt, verdient Verachtung und muß aufs schärfste bekämpft werden, wo sachliche Aufklärungsarbeit nicht hilft.

Der Kampf in der politischen und wirtschaftlichen Bewegung der zum Klassenbewußtsein erwachten Millionen Streiter ist ein Kampf um Recht und Wahrheit, ein Kampf um die Grundrechte des Menschen. Daher müssen sich in unserer großen solidarischen Bewegung alle Eigenschaften mit Begeisterung entwickeln, die gut und schöpferisch sind. „Denken, was wahr ist, fühlen, was schön ist, und wollen, was gut ist; daran erkennt der Geist das Ziel eines vernünftigen Lebens.“ sagt A. v. Platen.
Bekker.

wirtschaftliches Interesse konnte bei der Frau nicht vorhanden sein, da ihr nicht gestattet war, am politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen; denn die bürgerliche Gesellschaft sprach ihr die Fähigkeit politischen Denkens ab. Zwei Hauptgründe waren es, die eine Veränderung der Stellung der Frau hervorriefen.

Erstens: Mangelnde Heiratsaussichten, weil das zahlenmäßige Uebergewicht der Frau zur Folge hatte, daß viele unverheiratet bleiben mußten. Die Ausbildung zum Hausfrauenberuf trat nun zugunsten einer gewerblichen und kaufmännischen Ausbildung zurück.

Zweitens: Die ungeheure Entwicklung der Wirtschaft und vor allem der Technik, durch die Teilung und Mechanisierung der Arbeit, trug dazu bei, daß die Frauen in die Kontore und Fabriken Eingang fanden.

Die Arbeitgeber erkannten die Rückständigkeit der Frauen in gewerkschaftlicher als auch in politischer Beziehung, speisten sie deshalb mit Hungerlöhnen ab und gaben ihnen als billige Arbeitskraft oftmals vor den männlichen Arbeitern den Vorzug, die dann mit Recht in der Frau eine Konkurrentin sahen; andererseits waren die Frauen unserer gewerkschaftlichen Bewegung oftmals als Lohnbrücker und Streikbrecher ein Hindernis.

Welche Schlüsse haben wir nun aus dem Eingreifen der Frau in die Berufsarbeit zu ziehen? Betrachtet man diese Frage vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt, so kommt man unbedingt zu der Erkenntnis, daß die Entwicklung der Wirtschaft die Berufstätigkeit der Frau bedingt. Die älteste Wirtschaftsform, die Familienwirtschaft, verschwindet zugunsten der Weltwirtschaft. Eine Veränderung der Wirtschaft zeitigt eine andere Stellung des einzelnen, und deshalb ist auch die Stellung der Frau eine andere in der Wirtschaft als früher, wo sämtlicher Familienbedarf im eigenen Haushalt verrichtet wurde: z. B. weben, spinnen, nähen, schlachten, baden, waschen usw. Diese Hausarbeiten fallen zum großen Teil schon durch die Erfindung von Maschinen oder billige Produktion in Großbetrieben fort, so daß die Hausfrau nicht mehr genügend Betätigung findet. Man kann sagen, daß die fortschreitende Technik den Hausfrauenberuf gänzlich vernichtet. Die Hauptarbeit der Hausfrau, die Bereitung des Mittagessens, wird ebenfalls in Fortfall kommen. Amerika, das in volkswirtschaftlicher Beziehung fortschrittlichste Land, ist dabei, dieses Problem zu lösen. Es gibt dort in gut eingerichteten Speisehäusern für wenig Geld ein ausgezeichnetes Diner. Auch in Deutschland wird dieses Problem eine Lösung finden müssen; denn für einen großen Teil des deutschen Volkes bedeutet heute die Haltung einer eigenen Küche schon einen Luxus. Die Amerikaner haben erkannt, daß in Großbetrieben rationaler und billiger gewirtschaftet wird. Die Ausschaltung unnötigen Zwischenhandels trägt dazu viel bei. Viel Volkstraft und viele Werte können erspart werden. Man sieht auch hier, daß die Aufgaben der Frau andere werden, daß die Frau eine andere Tätigkeit einschlagen muß. Diese Veränderung der Stellung der Frau zeigt sich aber nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung. Durch die Weimarer Verfassung hat die Frau das Recht, an den Wahlen teilzunehmen, in den Parlamenten tätig zu sein. Alle Türen der Universitäten stehen der Frau offen, sie kann sogar einen Lehrstuhl einnehmen.

Betrachtet man die Frage von der gewerkschaftlichen Seite, so kommt man zu der Ansicht, daß die Frau, wie schon erwähnt, seit 1918 eine andere Rolle in den Gewerkschaften einnimmt. Ein großer Teil der Frauen hat sich während der letzten Jahre die Pflicht gewerkschaftlicher Organisation zu eigen gemacht. Viele stehen heute als Führer in unseren Gewerkschaften, sind Vertrauensleute und Betriebsräte. Viel zu wünschen läßt in dieser Beziehung noch die Heimarbeit; jedoch wird die Heimarbeit, die noch von einer großen Anzahl Frauen verrichtet wird, durch die Technik auf ein Minimum beschränkt werden. Die Heimarbeit kann sich ja zum größten Teil nur noch behaupten durch ihre Hungerlöhne und durch das Fehlen jeglicher Organisation. Hierin muß natürlich Wandel geschaffen werden, war es doch in der Schweiz schon in den neunziger Jahren möglich, die Heimarbeiterinnen zu organisieren. Bedeutend man aber, daß die Heimarbeit nur als vorübergehender Erwerb betrachtet und von Frauen verrichtet wird, deren Männer oft arbeitslos oder deren Verdienst nicht ausreicht, um die Familie zu unterhalten, so wird verständlich, daß es eine Organisation der Heimarbeiterinnen schwer zu denken ist. Erst wenn die Frau in übergroßer Zahl berufstätig sein und durch die Technik die Heimarbeit auf das Notwendigste beschränkt wird, ist eine geschlossene Organisation der Heimarbeiterinnen möglich; denn dann wird auch die Heimarbeit als Berufsarbeit und nicht wie heute als Nebenarbeit in Frage kommen. Da nach den vorhergehenden Ausführungen an eine Abnahme der berufstätigen Frauen nicht zu denken ist, bleibt uns in gewerkschaftlicher Beziehung nur eine Lösung: Die Frauen

auszuklären, um die Fernstehenden unseren Gewerkschaften noch zuzuführen. Anstatt des künstlichen Rückdrängens der Frauen müssen wir mit ihnen gemeinsam arbeiten; denn die materialistische Gesichtsauffassung lehrt uns, daß es ein gewalttames Umändern der Wirtschaftsordnung nicht gibt. Die heutige wirtschaftliche Entwicklung bedingt die Frauenarbeit, und wir müssen uns dieser Situation anpassen. Je eher diese Erkenntnis bei den arbeitenden Massen Platz greift, um so besser wird man sich diesen Verhältnissen anpassen können und der Entwicklung die richtigen Wege weisen. Die Gleichstellung der Frau mit dem Mann hinsichtlich der pekuniären und sozialen Lage wird dann nur eine Frage der Zeit sein.

Die veränderte gesellschaftliche Stellung der Frau wird natürlicherweise eine Veränderung der heutigen Ehe bringen. Die Frau, die nur heiratete, um ihren Beruf als Hausfrau auszuüben und versorgt zu sein, wird in Fortfall kommen, weil sie einen anderen Beruf hat und sich selbst erhalten kann. Heute scheiden schon beide Geschlechter vor einer Ehe zurück, weil der eine Teil der Ansicht ist, daß er sich selbst versorgen kann, und der andere Teil, weil es zu schwer ist, eine Frau mit zu unterhalten. Die Schuld liegt an der Zerrüttung unseres Wirtschaftssystems, weil dadurch auch eine Veränderung unserer Sitten und Moral eintritt. Diese Wirrnis wird wieder gelöst werden und eine andere Form der Ehe zeitigen: die Kameradschaftsehe, in der beide Ehepartner ihrem Beruf nachgehen und die Hauptpflichten gemeinsam übernehmen. Die Frau, die ihren Beruf und die gesamten Hauspflichten erfüllt, wie es heute in vielen Arbeiterkreisen leider ist, wird dann endlich der Vergangenheit angehören. Die größte Schwierigkeit wird wohl die Frage der Erziehung der Kinder ergeben; jedoch können auch hier gangbare Wege gefunden werden. Die Säuglinge finden Unterkunft in Heimen, die älteren Kinder in Horten, wo sie tagsüber verbleiben und abends von den Eltern abgeholt werden können. Von vielen wird wohl der Einwand gemacht werden, daß die Erziehung der Kinder außerhalb des Hauses viel zu wünschen übrig lassen würde. Die Frauen werden vor allem der Ansicht sein, die Kinder nicht ihrem Schutze zu entziehen. Fest steht aber, daß ein großer Teil der heutigen Arbeiterjugend schon während des ganzen Tages sich selbst überlassen ist und es wäre besser, wenn für sie während des Tages Unterbringungs-möglichkeiten vorhanden wären. Die Betreuung der Kinder unter Aufsicht von Ärzten hat gute Erfolge gezeitigt; denn großen Massen der Bevölkerung ist es unmöglich, ihre Kinder so zu versorgen, wie es in eigens dazu hergerichteten Anstalten möglich ist. Der Einfluß der Eltern auf die Kinder wird nicht fortfallen, weil die Eltern sich abends mit ihren Kindern beschäftigen können. Ein weiterer Vorteil wäre, daß die Schulausbildung nicht in den Rahmen weniger Stunden gepreßt werden brauchte, da die Lehrer die Kinder während des ganzen Tages zur Verfügung haben. Es muß allerdings den Lehrern Gelegenheit gegeben werden, sich dazu vorzubereiten; der Lehrer muß ein Freund der Kinder sein, der ihnen Erziehung und Bildung übermitteln. Eine Frage, die noch ihrer Lösung harret, ist die Muttergeschlechtsgebung. Eine beruflich tätige Frau muß vor und nach der Entbindung längere Zeit von der Arbeit ferngehalten werden. Lohn oder Gehalt muß während dieser Zeit weiter gezahlt werden und gleichlaufend eine ausreichende Wochenhilfe, die der Staat übernehmen müßte.

Viele Beweise könnten angeführt werden, um die Richtigkeit vorliegender Ansicht zu beweisen. Nur an einige Hauptgebiete sei gedacht. Die Versuche, eine neue Eheform durchzuführen, ein neues Schulgesetz zu schaffen, die Einheitschulen zu errichten, das Bestreben, soziale Einrichtungen zu schaffen, z. B. Säuglings- und Kinderheime, eine bessere Ausbildung der Lehrer zu erlangen, den berechtigten § 218 außer Kraft zu setzen und zum Schluß eine gesamte Umänderung des bürgerlichen Gesetzbuches mit dem Ziele, die noch vorhandenen Nachteile der Frau gegenüber dem Manne zu beseitigen. Wann die Versuche zur Wirklichkeit werden, hängt von der Stärke der Arbeiterkraft ab; aber eines sind wir gewiß: Das Gute bricht sich Bahn. Wir sind ein armes Volk; desto mehr müßte man tun, das Lebensniveau der Arbeiterschaft zu heben; denn nur ein starkes, gesundes Volk ist in der Lage, sich wieder aufzurichten, weil dies nur durch die Arbeiterkraft geschehen kann. Die Frauen müssen an diesem Aufbau teilnehmen, sie werden unbarmherzig in den Produktionsprozeß hineingeworfen. Die Frau, weil sie noch zu unerfahren, unorganisiert, dastet, wird am meisten bei diesem Aufstiege zu leiden haben; deshalb ist es ihre Pflicht, sich zu wehren gegen eine Benachteiligung, und dies kann nur geschehen durch restlose Organisation, durch Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Kampf. Lange hat die Arbeiterschaft um die Gleichberechtigung der Frau gekämpft und schon einen schönen Sieg errungen. Darum ist es nun an den Frauen, diesen Sieg auszubauen, ihn vorwärts zu treiben.

Erich Eichhorf

Beamtenfragen im Bayerischen Landtag.

In der 48. öffentlichen Sitzung des Bayerischen Landtages am 11. März 1923 stand eine Reihe von Anträgen für die Beamten zur Beratung und Beschlußfassung. Das Ergebnis war folgendes:

1. **Änderung des Pensionergänzungsgesetzes für die vor dem 1. April 1920 pensionierten Beamten.** Hierzu wurde beschlossen: Die Staatsregierung zu ersuchen, beim Vollzug des Artikels 1 Absatz 2 des Pensionergänzungsgesetzes folgenden Härtausgleich auf Grund des Artikels 33 des Pensionergänzungsgesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 1925 durchzuführen: „Bei Beamten, die einer Beamtengruppe angehören, die als solche geschlossen in eine gegenüber dem Artikel 1 Absatz 2 des Pensionergänzungsgesetzes höhere Befoldungsgruppe nach Maßgabe der überprüften Befoldungsordnung gehoben wurde, ist das pensionsfähige Dienstaltersumme zugrunde zu legen, das sich errechnet, wenn unterstellt wird, daß der Beamte am Tage der Ruhestandsbesetzung oder bei im Dienste gestorbenen Beamten — am Todestage — die gehobene Befoldungsgruppe unter Anwendung des Artikels 13 des Beamtenbefoldungsgesetzes übergeführt worden wäre. Bei Anwendung dieses Grundgesetzes auf die Beamten der ehemals bayerischen Finanz-, Zoll-, Eisenbahn- und Postverwaltung tritt für die Beurteilung der Frage, ob eine Gehobung gegeben ist, an die Stelle der bayerischen Befoldungsordnung die entsprechende Einklassung der im Dienste befindlichen Beamten dieser Verwaltungen in die Reichsbefoldungsordnung.“

2. **Ortsklasseneinstellung und Einklassung in die Ortsklassen.** Hierzu wurde beschlossen: Die Staatsregierung wolle bei der Reichsregierung mit allem Nachdrucke dafür eintreten, daß: 1. die für Berlin bewilligten Sonderzuschläge auch den Beamten in München und anderen nicht weniger truenen bayerischen Orten gewährt, 2. die unbillige Einklassung zahlreicher bayerischer Orte, zumal in der Pfalz und im bayerischen Oberlande durch die alljährliche Überprüfung des Reichsordnungsverzeichnisses unter Verminderung der Ortsklassenzahl auf drei beschränkt wird, 3. Rürzung der Versorgungsbezüge und des Witwengeldes bei Verwendung im öffentlichen Dienst. Hierzu wurde beschlossen: Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß: 1. die für die Rürzung der Versorgungsbezüge der Beamten bei Verwendung im öffentlichen Dienste maßgebenden Vorschriften in der Weise geändert werden, daß bei Ermüdung des früheren Dienstalterssummens das Befoldungsabstufungskriterium die Zeit der vollen Verwendung im öffentlichen Dienste verlängert wird, 2. für die Rürzung des Witwengeldes bei Verwendung der Witwe im öffentlichen Dienste maßgebend ist das Höchststufengeld der Befoldungsgruppe, der der Beamte im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienste angehört hat; für die Rürzung des Waiwengeldes ist maßgebend die Hälfte dieses Ruhegehalts.

3. **Wiederanzählung der Kriegs-, Tropen- und Luftdienstleistungen der Angehörigen der alten Wehrmacht bzw. der ehemaligen Schutztruppen.** Hierzu wurde beschlossen: „Die Staatsregierung wolle die Reichsregierung ersuchen, folgenden Gesetzentwurf umgehend beim Reichstage einzubringen: Die durch Artikel 8 der Reichsverordnung über die 12. Ergänzung des Befoldungsgesetzes vom 12. Dezember 1923 (RGBl. Seite 1181) zum Fortfalle gebrachten Kriegs-, Tropen- und Luftdienstleistungen der Angehörigen der alten Wehrmacht bzw. der ehemaligen Schutztruppen sind sobald als möglich als Versorgungsgehaltstitel den jetzigen Verhältnissen angepaßt, wieder zur Auszahlung zu bringen.“

4. **Regelung der Gehaltsbezüge, besonders der unteren Gehaltsgruppen.** Hierzu wurde beschlossen: Die Staatsregierung wolle bei der Reichsregierung mit allem Nachdrucke darauf bringen, daß die Erhöhung der Gehaltsbezüge der Beamten, zumal der unteren Gehaltsklassen, deren Unzulänglichkeit von allen Seiten anerkannt wurde, unverzüglich und in einem den Bedürfnissen entsprechenden Umfange vorgenommen wird.

5. **Außerachtlassung der erlassenen Bekanntmachung der bayerischen Staatsregierung vom 11. April 1924 betr. Regelung des Urlaubes der Staatsbeamten und Wiedereinführung der früheren Urlaubsregelung.** Dieser sozialdemokratische Antrag, der den Staatsbeamten den früheren unerkürzten Urlaub wieder verschaffen wolle, wurde von der Mehrheit abgelehnt.

6. **Prüfung der Frage, inwieweit eine den Lernerwerbverhältnissen angemessene Erhöhung der Bezüge der Staatsdienstamwärtcr vorgenommen werden kann.** Hierzu wurde unter Ablehnung eines weitergehenden Antrages beschlossen: „Die Staatsregierung zu ersuchen, die Unterhaltsbezüge der Staatsdienstamwärtcr in Bayern in bezug auf die Höhe nach der Reichsregelung festzusetzen.“

7. **Gegenleistungen der Staatsbeamten, Kertze und Vertragsangehörigen des Staates für gewährte Verpflegung.** Hierzu wurde beschlossen: „Die Staatsregierung wird ersucht, die Bestimmungen über die „Gegenleistungen der Staatsbeamten, Kertze und Vertragsangehörigen des Staates für die gewährte Verpflegung“ (Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 15. Mai 1921 — „Staatsanzeiger“ Nr. 113 —) dahingehend zu überprüfen, ob nicht eine Ermäßigung der bisherigen Höhe statfinden kann.“

8. **Befetzung erledigter Stellen mit abgeleiteten Beamten.** Hierzu wurde unter Ablehnung eines weitergehenden Antrages beschlossen: „Die Staatsregierung wird ersucht, bei Befetzung erledigter Stellen im Staatsdienst in erster Linie abgeleitete Beamte, die dienstunfähig und Rekonvaleszenten sind, zu berücksichtigen.“

Neben diesen allgemeinen Beschlüssen wurde eine beträchtliche Anzahl von Eingaben behandelt und teils durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt, bezw. der Regierung zur Würdigung oder als Material überwiesen, oder abgelehnt. — Der Beamte muß wissen, daß die Beamtenfragen gewerkschaftliche und politische Fragen sind und nur in Gemeinsamkeit mit den Organisationen und den beamtenfreundlichen Parteien in den Parlamenten gelöst werden können. Wenn es da bei den unteren Beamten nicht so vorwärts geht wie wir es wünschen, und ihre Rechtsverhältnisse heute verworrener sind als je, so ist die Beamtenchaft daran vielfach mit schuld, teils aus mangelndem Interesse oder Unkenntnis der Sachlage, teils aus Strebertum. So darf es natürlich nicht weitergehen, die Beamten müssen sich einheitlich zusammenfinden in ihrer gewerkschaftlichen Organisation und durch diese ihre Gehalts-, Dienst- und sonstigen Interessen wahrnehmen. Wenn alle Beamten das voll und ganz erkennen, wird sich auch ihre soziale Lage bessern. Darum hinein in den Verband und in ihm rege mitgearbeitet. Beif.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Für Republik und Demokratie — gegen Monarchie und Militärdiktatur. Die Monarchisten aller Grade haben sich nach langem Hin und Her für den alten 78jährigen Hindenburg als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl entschieden. Was bedeutet das? Hindenburg als Reichspräsident wäre der beste Platzhalter der Hohenzollern. Er hält sich heute noch an seinen Treueid gebunden, den er als Offizier Wilhelm II. leistete, obwohl dieser nach seiner Thronentsagung alle Offiziere und Beamte ihres Eides entbunden hat. Hindenburg tut heute noch keinen Schritt, ohne sich von Wilhelm dazu die Erlaubnis einzuholen. Der Reichspräsident ist laut Reichsverfassung oberster Kriegsherr. Der Monarchist und Generalfeldmarschall Hindenburg könnte als Reichspräsident unter Umständen mit Artikel 48 der Verfassung regieren und eine Militärdiktatur aufrichten, wozu die Heine, Müller und Haffel vor 1½ Jahren in Sachsen und Thüringen bittere Kostproben gaben. Hindenburg bedeutet Wiedereinführung der Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron und wir brauchen diesmal keine 30 Jahre auf die „herrlichen“ Zeiten warten, in die uns Wilhelm 1914 führte, in denen wir 10 Jahre lang aufs schwerste zu leiden hatten und aus denen herauszukommen erst jetzt. Dank republikanischer Politik, Ansjäe vorhanden sind. Mit Hilfe Hindenburgscher Militärdiktatur würden die Monarchisten aller Grade blutige Rache nehmen dafür, daß sie einige Jahre nicht an der politischen Macht waren. Wie in Horthy-Ungarn, Mussolini-Italien und Primo-di-Rivera-Spanien würde jede Volksregung und -bewegung von den blindwütigen Monarchisten mit Militärgewalt niedergeschlagen werden. Und damit würde wir unter dem Sozialistengesetz auch den Gewerkschaften das Lebenslicht ausgeblasen. Monarchisten und Kapitalisten hätten dann freie Bahn zu unbeschränkter Ausbeutung der Volks- und Arbeitermassen. Hindenburg, der Militarist, bringt uns außenpolitisch in größte Gefahren. Die Ententemächte, die noch immer nicht ihr Mißtrauen gegen das Militär-Deutschland (das heute nicht mehr besteht) aufgeben können, würden sofort zu neuen Sicherheitsmaßnahmen greifen in Gestalt neuer vermehrter Befestigungen deutschen Gebiets und neuer wirtschaftlicher Bedrückungen. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten würde sofort den Weg frei machen zur Herrschaft Poincarés und Millerands, die dann mit Deutschland so gründlich aufräumen würden, daß der Versailler „Vertrag“ ein Kinderpiel dagegen wäre. Der Reichspräsident soll Schutz und Schirm der Reichseinheit sein. Kann das aber ein Reichspräsident, der wie Hindenburg mit dem Stimmen der bayerischen und hannoverschen Separatisten gewählt ist? Die Präsidentschaft Hindenburgs bedeutet also die Zerstückelung Deutschlands von zwei Seiten, außenpolitisch von der Entente, innenpolitisch von den Separatisten. Damit tämen wir in Zustände hinein, die schlimmer als die vor 1871 und 1866 waren. Ein zerrissenes, ohnmächtiges vor Poincaré und Lloyd George auf den Knien liegendes Deutschland, dessen Wirtschaftseinheit dahin und in dem die Arbeiterbewegung militärisch und wirtschaftlich erdroffelt wäre. — Das kann kein Arbeiter wollen! Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten muß auf jeden Fall verhindert werden. Die Frage lautet jetzt so: Monarchie oder Republik? Und da wir nur das letztere wollen, kann die Parole nur lauten: „Alle Stimmen für den Republikaner Marx!“ Die kommunistische Sonderkandidatur Thälmann rettet uns nicht vor der Gefahr. Es besteht

gar keine Aussicht, daß Thälmann gewählt wird. Die A.B.D. legt selbst keinen Wert auf seine Wahl, wie in der „Roten Fahne“ vom 9. April zu lesen ist. Also bedeutet die Kandidatur Thälmanns nur eine Zersplitterung der antimonarchistischen Stimmen. Wir fordern daher unsere Leser auf, am 26. April für Marg zu stimmen. Das liegt im Interesse der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer.

◆ Gas, Wasser, Elektrizität ◆

Kozerien am Rheln. Die Großindustrie macht in letzter Zeit gewaltige Anstrengungen, die ganze Gasversorgung vom Ruhrgebiet bis nach Mannheim und sogar darüber hinaus an sich zu reißen. Schon nennt man Städte, von denen aus die Gasversorgung der einzelnen Gebiete erfolgen soll. In diesen Städten sollen Kozerien errichtet werden, die das Gas billiger herstellen könnten als die Städte selbst. Diese Bestrebungen der Großindustrie sind darauf zurückzuführen, daß sie erkannt hat: dem Gase ist in seiner Anwendung eine große Zukunft beschieden. Was bedeutet es aber, wenn diese Bestrebungen zur Tatsache werden? Es bedeutet die Ueberführung der Monopolstellung der Kommunalwirtschaft in eine Monopolstellung der Privatwirtschaft. Wohl wird man versuchen, die Städte zunächst an der Sache zu interessieren, um einmal Boden zu gewinnen. Mit der Zeit wird aber doch versucht werden, den Einfluß der Städte immer mehr auszuschalten und zuletzt wird die Privatwirtschaft die Oberhand gewinnen. Dann ist erreicht, was man beabsichtigt; man hat eine gute Monopolstellung, die vorher Allgemeingut war, in die Wirtschaft der Großindustrie übergeleitet. Was dann folgt, ist klar. Die Preise werden dann nicht mehr von der Allgemeinheit bestimmt, sondern von einzelnen. Hierbei hat die Großindustrie natürlich ihre Vorteile. Hat die Großindustrie die Gasversorgung an sich gerissen, dann hat sie aber auch neben der Monopolstellung in der Kohle die des Gases, aber auch aller Nebenprodukte, die bei der Entgasung der Kohle gewonnen werden, das sind: Koks, Teer, Ammoniak und Benzol. Wenn man berücksichtigt, was alles aus diesen Nebenprodukten hergestellt wird, so vermag man erst zu ermessen, von welcher großer Bedeutung die Ablicht der Großindustrie ist und welchen Einfluß sie haben wird auf die Allgemeinheit und deren Lebensinteresse.

Was ist nunmehr die Aufgabe der Gemeinden? Die Gemeinden müssen dafür sorgen, daß sie ihre werdenden Betriebe dauernd auf wirtschaftlicher Höhe halten und in dieser Beziehung nicht kleinlich vorgehen, auch die Betriebe nicht dazu benützen, um möglichst große Gewinne aus ihnen herauszuziehen. Mit letzterem werden nur die Betriebe reif gemacht zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit und zum Zugriff privater Kreise. Die städtischen Betriebe sind Allgemeingut und müssen Allgemeingut bleiben.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Koblenz. In der Generalversammlung am 5. April gab Kollege Scherer den Quartals- und Kassenbericht. Die im 1. Quartal vorgenommenen Betriebsratswahlen sind durchweg für unsere Organisation günstig ausgefallen. Zur Schulung der Betriebsräte sollen regelmäßig Kurse eingerichtet werden. Der Errichtung einer Sterbefälle „Hilfe am Grabe“ wurde zugestimmt. Eine Kommission soll die notwendigen Vorarbeiten leisten, damit die Einrichtung schon in Kürze in die Praxis umgesetzt werden kann.

Saargebiet. Die Frühjahrskonferenz nahm zunächst den Geschäftsbericht entgegen. Während am 1. Januar 1924 nur in 2 Kommunen des Saargebietes ein tarifrechtliches Arbeitsverhältnis bestand, erhöhte sich diese Zahl während des Berichtsjahres 1924 auf 12 Gemeinden. In 73 Mitgliederversammlungen spiegelte sich das gewerkschaftliche Leben der Organisation, während 2 neue Ortsgruppen gegründet und die im Geschäftsjahr 1924 geknüpften Verbindungsäden mit dem Anfang des Jahres 1925 eine wesentliche Erhöhung des Mitgliederbestandes brachten. Der gewerkschaftliche Tiefstand scheint überwunden zu sein, denn überall macht sich ein größeres Interesse der Gemeindeglieder an der Organisation bemerkbar. Eine bessere Durchbildung des Funktionärapparates fand bereiten Ausdruck in der Diskussion. Den Höhepunkt der Konferenz bildete das Referat des Leiters über die Gewerkschaftsbewegung, welches gute und dankbare Aufnahme fand.

◆ Briefkasten ◆

Hepp 43. Obwohl gut gemeint, war das Gedicht leider nicht verwendbar.

Sch., Köln. Zuschrift ist zum Abdruck leider nicht geeignet.

◆ Verbandsteil ◆

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 10. Verbandstag.

Auf Beschluß des Vorstandes (§ 40 des Statuts) wird der 10. ordentliche Verbandstag für die Zeit vom **3. bis 8. August d. J.** nach

Frankfurt a. M.

einberufen. Die Beratungen finden im Volkshaus, Eschenheimer Anlage 40 41, statt.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses des 8. Verbandstages (Protokoll S. 167) tritt die Statutenberatungskommission bereits vor dem Verbandstage zusammen und nimmt ihre Verhandlungen am 1. und 2. August d. J. in Frankfurt a. M. auf.

Die Eröffnungsfeier erfolgt am Sonntag, den 2. August.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Geschäftsbericht.
 - a) Tätigkeitsbericht des Vorstandes (Müntner).
 - b) Kassenbericht (Ruppert).
 - c) Presse (Dittmer).
 - d) Bericht des Verbandsausschusses (Lang).
3. Statutenvorlage.
4. Wahl der Verwaltungskörper.
5. Festsetzung der Gehälter und Diäten, Unfallversicherung unserer Funktionäre, Invaliden- und Altersversorgung unserer Angestellten.
6. Die Bildungsaufgaben unserer Organisation.
7. Referat über Kommunalpolitik.
8. Referat über das Tarifrecht.
9. Bericht von der Internationale (Müntner).
10. Sonstige Anträge.

Anträge zum Verbandstag müssen spätestens bis zum 20. Juni dem Vorstand, Abteilung I, mit der Aufschrift „Anträge für den Verbandstag“ eingereicht werden. Die Veröffentlichung der eingegangenen Anträge erfolgt in der „Gewerkschaft“ vom 3. Juli (§ 41, Abs. 5 des Statuts).

Die Veröffentlichung der Anträge des Vorstandes zum Verbandsstatut erfolgt in der „Gewerkschaft“ vom 8. Mai.

Die Bekanntgabe der Wahlkreiseinteilung, der die Bestimmungen des § 39 des Statuts zugrunde liegen, erfolgt ebenfalls in der „Gewerkschaft“ vom 8. Mai, desgleichen die Veröffentlichung der Bestimmungen über die Durchführung der Delegiertenwahlen und des Wahlreglements.

Als Wahltag werden der **20., 21. und 22. Juni** festgesetzt.

Spätester Termin für Einsendung von Wahlvorschlägen ist der **23. Mai**.

Das Wahlresultat muß spätestens am **4. Juli** unter Beifügung der Stimmzettel und Protokolle beim Vorstand eingehen. Das zur Durchführung der Wahl erforderliche Material geht den Filialleitungen rechtzeitig zu.

Der Vorstand.

Verlag: In Vertretung des Vorstandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter (Müntner), Berlin, Postfach 11111, beide Berlin 20, 33, Schillerstr. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Viktor Rood: Der Weg aus der Wohnungsnot. Finanzierungsversuche und -möglichkeiten. Verlag: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO. 33, Schlegische Str. 42. (48 Seiten, Preis 0,40 RM.)

Der Verfasser gibt harte Beispiele — teilweise selbst erstellte — eines Wohnungselends, das die Menschen rittlich und leiblich verdirbt, sie zu Lebensgewohnheiten zwingt, die tief unter der Würde eines Kulturvolkes liegen. Es ist nicht nur Berlin, das so leidet; auch in der deutschen Kleinstadt und auf dem flachen Lande geht das grinsende Wohnungselend um. An die Zustandsbilderungen reiht sich eine Fülle von praktischen Beispielen dafür, wie Bürger und Gemeinden versuchen, der Wohnungsnot beizukommen. Zum Schluß weist der Verfasser auf die grundsätzliche Lösung des Problems durch die Bodenreform hin. — Ein Anhang enthält als Muster die Satzungen eines Reichsheimstättenvereins, den Reichsheimstättenvertrag einer kleinen Stadtgemeinde, den diesen entsprechenden Arbeitsgemeinschaftsvertrag für Selbsthilfe beim Heimstättenbau und eine Erklärung für die Wagnenzug von Heimstättenvereinen nach dem preussischen Ausführungsgezet zum Reichsheimstättengezet. Die 48 Seiten starke Schrift dürfte in den Kreisen der Arbeiter, Heimstätten- und praktisch auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung arbeitenden Kommunalbeamten willkommen sein.

200-Jahr-Feier der Stadt Königsberg i. Pr. Aus Anlaß des 200jährigen Bestehens (1724—1924) hat die Stadt Königsberg eine Festschrift herausgebracht, die auf deutschem Büttenpapier gedruckt und in 20 Exemplaren an Interessenten versandt wurde. Im inneren Deutschland wurde Königsberg stets als eine „kroßige Stadt“ bezeichnet. Diesen Eindruck wird man auch während des Lesens der Festschrift nicht los. Mit Königsberg aber heute durch den „Polnischen Korridor“ etwas weiter von Deutschland abgerückt, so bildet es noch immer das Ausfalltor nach den Osten und sollte demzufolge nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt rein lokaler Verwaltungsaufgaben eingestuft sein. Die Reformen des Reiches vom Osten werden in dem Begründungsartikel des Herrn Oberbürgermeister Dr. Seewald sehr gut nicht erwähnt. Dafür wird der bedeutendste Organisator auf dem Königsberg, König Friedrich Wilhelm I. mit überaus prägnanten Worten gefeiert. Am 13. Juni 1724 erstand Königsberg aus den Ansiedlungen Altstadt, Adlonisch und Kneiphof. „Die so vereinte Stadt erhielt von Friedrich Wilhelm I. eine löbliche Vorgabe dadurch, daß die erheblichen auf die Mißwirtschaft der verstorbenen Magistrats zurückzuführenden Schulden gestillt wurden.“ Erst um die Wende des 19. Jahrhunderts fand die Stadt mit einem ansehnlichen Vermögen angefaßt. Und doch hat sich Königsberg nicht ohne eigene Schuld von dem zweiten Platz unter den deutschen Städten „in einer Stadt minderer Bedeutung“ herabdrücken lassen. Da war es Oberbürgermeister Dr. Rörig, der 1905 die Stadt aus ihrer Enge befreite und nach mühseligen Verhandlungen im Jahre 1910 den Festsetzungsvertrag — wodurch der Fiskus das Festsetzungsgelände für einen „nicht niedrig“ bemessenen Kaufpreis der Stadt überließ — zustande brachte. In eifrigem Bemühen wurde ein Bebauungsplan für das neue Stadt-Königsberg aufgestellt. Bereinigt wuchsen bald auf dem neuen Festsetzungsgelände Häuser empor, einige öffentliche Dienstgebäude entstanden „weder ohne den erforderlichen künstlerischen Zusammenhang“.

„Die Organisation der Verwaltung“ behandelt Bürgermeister Dr. Seewald: „Die technischen Verwaltungen erscheinen im Verhältnis zur Größe der Stadt Königsberg auffallend stark gegliedert und dezentralisiert. Von den Städten mit Bürgermeisterverfassung unterscheidet sich Königsberg dadurch, daß die Stadt sehr viel mehr Dezerenten (Stadträte) befaßt, als Städte mit Bürgermeisterverfassung leitende Verwaltungsbeamte haben. Ja, daß geradezu um der vorhandenen Zahl von Dezerenten willen Dezerenate geschaffen werden mußten.“ (Wie groß muß die Zahl der leitenden Beamten hier wohl gewesen sein?) Bei dem Ueberbild über die Verwaltung Königsbergs vor dem Kriege ergibt sich, daß die Stadt in eigener Regie ein Gaswerk, ein Wasser- und Kanalisationswerk betrieb. Elektrizitätswerk und Straßenbahn waren an die AEG. verpachtet. Hier die Grundlage für eine wirtschaftliche Konsolidierung zu finden, war nach der Ansicht Dr. Seewalds schwierig. Die Arbeit wurde erschwert durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, die „Erschütterung der öffentlichen Autorität und des gesamten Verwaltungsapparates als naturgemäße Folge der Revolution“. Beobachtungen über die Wirkungen der Revolution auf die Verwaltung drängen den Bürgermeister zu der Erkenntnis, daß diesen Wirkungen nur begegnet werden kann, wenn eine von hartem Willen getragene Zentralgewalt in den Stand gesetzt würde, diese Auswirkungen abzumildern. Und nun gieng an den Abbau! „Wer in andern Berufen aufgewachsen, mußte weichen.“ (Frei! Daß dem Lächlichen scheint hier vorzudringen zu sein.) Bei dieser Personalpolitik konnte zunächst an eine Verminderung der Beamtenzahl nicht gegangen werden. Rechtliche Gründe standen dem entgegen, und der Magistrat teilte mit voller Ueberzeugung den Standpunkt, daß die Erhaltung eines mit den städtischen Interessen dauernd und innig verknüpften, wohl ausgebildeten, arbeitsfreudigen und pflichtbewussten Berufsbeamtenstandes auch in Zukunft das Rückgrat der Verwaltung bleiben müsse.“ Dr. Seewald sagt auch: „Bei der Durchführung dieser Grundzüge ist der Magistrat von dem Beamtenauschuß stets auf das nachdrücklichste unterstützt

worden. Es war stets ein besonderes Glück gerade der Kommunalbeamten, daß in ihr der Grundgedanke der Tätigkeitsmaxime klar verankert war.“ Darf man einige Fragezeichen hinter solche Ausführungen machen?

Die Besprechungen auf Kommunalverwaltung, die bei geschickter Organisation einer Stadt erst das Gepräge geben, haben in dem Königsberger Magistrat keinen Hörer. Zwei Fälle beweisen dies: Dem Oberinspektor des Gemeindefriedhofes wurde die selbständige Bewirtschaftung des Friedhofes nebst Verbrennungsanlage übertragen. Der Oberinspektor wurde selbständiger Betriebsunternehmer. „Dieses System hat sich so gut bewährt, daß heute der Gemeindefriedhof ohne jeden Zuschuß arbeitet.“ (Wie hoch müssen hier im Gegensatz zu anderen Städten die Bestattungsgebühren sein?) Die städtischen Betriebe wurden in eine Gesellschaftsform umgewandelt. Mitbestimmend für den Magistrat war hier die Tatsache, daß die Gesamtwerte mit ihrer Tarifpolitik „zu langsam“ voran kamen. Trotzdem sind noch 15 Prozent Arbeiter mehr in städtischen Diensten als 1914, an Beamten aber 13 Prozent. Nach diesem System ist dann eine Reihe weiterer Betriebe organisiert worden. Die Königsberger Hafenbetriebe-G. m. b. H., die Öffentliche Wirtschaft-G. m. b. H., die Brennstoffbetriebsgesellschaft m. b. H. und die Reinigungs- und Fuhrgesellschaft m. b. H., zu deren Aufgaben die Straßenreinigung und die Müllabfuhr gehören. — Im Schlußwort hat Königsberg auf Grund der Städteordnung schon 1811 die erste Schuldeputation gehabt. Die Schülerzahl der Volksschulen betrug im Jahre 1910 24.100, die Klassenzahl war von 482 im Jahre 1910 auf 528 im Jahre 1913 gestiegen. 1924 bestehen 35 Volksschulen und 3 Hilfsschulen gegen 28 Volk- und 3 Hilfsschulen im Jahre 1914. Der Geburtenrückgang macht sich in Königsberg ganz besonders hart bemerkbar. Die Zahl der Schüler ist von 24.000 im Jahre 1918 auf 21.000 im Jahre 1923 zurückgegangen. Die Festschrift konstatiert mit einer gewissen Beugung, daß die Arbeitslosigkeit zum neun- und zehnständigen Arbeitstag und damit zur Arbeitslosigkeit zurückgeführt sei. Wir sind in bezug auf die Arbeitslosigkeit freilich ganz anderer Meinung. Es muß alles daran gesetzt werden, um auch für die nächsten den Achtstundentag wiederzuerstern. Schlimm ist auch die erschreckend große Zahl der Erwerbslosen. 57.747 Arbeitsuchende waren 1923 eingeschrieben gegen 12.800 im Jahre 1913. Eine starke Verminderung der Arbeitslosigkeit zeigt sich ferner darin, daß 1914 9100 offene Stellen von 12.800 besetzt werden konnten, dagegen 1923 von bald 58.000 Arbeitsuchenden nur 21.762.

Der rückwärtige Abbau städtischer Arbeiter und Angehöriger findet in diesen Zahlen deutlich zum Ausdruck. Aus der Wohlhaberschaft sind etwa 2000 Personen zu unterstützen. In seinem Begründungsartikel sagt das Stadtoberhaupt ganz richtig: „Als kulturellen und wirtschaftlichen Pläne können nur dann verwirklicht werden, wenn es gelingt, die städtische Verwaltung den drängenden Erfordernissen der Zeit entsprechend umzugestalten.“ Nach wir wünschen dieses Ziel. Es kann aber nur erreicht werden mit völlig geänderter Verwaltungsgestalt durch Männer, die dem Juge der Zeit stärker Rechnung tragen.

Schluß des redaktionellen Teils

„Komet-Freilauf“
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Ein Lichtbild.

Daß bei der immer fähiger werdenden Geldknappheit allgemein das Bestreben Platz greifen würde, in mühseliger Form und mit kleinen Mitteln eine Besserung herbeizuführen, macht sich am deutlichsten an der diesmaligen gewaltigen Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an der beliebten Staatlichen Klassen-Lotterie bemerkbar.

Es muß doch sehr Gutes mit dieser staatlichen Einrichtung haben, andernfalls wohl kaum der Fall eintreten konnte, daß schon heute, obgleich die Ziehung der 1. Klasse erst am 17. April d. J. beginnt, bei verschiedenen Lotterie-Einnahmern die Kasse fast vergriffen sind.

Von den Kollektoren, bei denen gespielt wird, sei die bekannte

Staatliche Lotterie-Einnahme E. Grieben, Oranienburg 7 bei Berlin erwähnt, die bei der Los-Versendung die besonderen Wünsche der Interessenten bereitwillig berücksichtigt. Es kostet

3/4	1/2	1/4	1/8	Doppeltlos
RM. 3.—	6.—	12.—	24.—	48.—

In der Sammlung

Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

ist soeben neu erschienen:

Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot
Finanzierungsversuche und Möglichkeiten von Viktor Rood, Berlin

Demnächst erscheinen folgende weiteren Hefte:

- Nr. 15: Die deutsche Literatur. Von Johannes Gut, Berlin
Nr. 16: Gewerkschaften, Industriemenchheit und Produktionschule. Von Emil Dittmer, Berlin
Nr. 17: Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft. Von Hermann Mattutat, Stuttgart
Nr. 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung. Von Oskar Kurpat, Leipzig

Der Preis des Einzelheftes beträgt 0,40 M., für Verbandsmitglieder 0,25 M.

Die „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung“ sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die
Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlesiſche Straße 42

VOM JUGENDSEKRETARIAT DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
WIRD DIE

**Gewerkschaftliche
Jugendbücherei**



ALEXANDER KNOLL
**Handwerksgesellen
und Lehrlinge im
Mittelalter**

**GEWERKSCHAFTLICHE
JUGENDBÜCHEREI**

herausgegeben. Hiermit ist die Absicht verbunden, den jüngeren Mitgliedern der Gewerkschaften ein Mittel zur Erweiterung ihres Wissens und ihrer Erkenntnis zu geben, gleichzeitig aber auch denen, die bereits an ihrer Weiterbildung arbeiten, Fingerzeige f. eine zweckmäßige Selbsterziehung zu bieten.

Bisher sind erschienen:

- A. Knoll, Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter.
F. Furtwängler, Arbeit und Volksklassen im Wandel der Geschichte.
C. Nörpel, Gewerkschaften und Arbeitsrecht.

Preis eines Bandes 1,50 M.

Bestellungen nimmt entgegen

**Gewerkschaftliche
Jugendbücherei**



CLEMENS NÖRPEL
**Gewerkschaften
und Arbeitsrecht**

Abt. Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Berlin SO. 33, Schlesiſche Straße 42.